



RECHENSCHAFTS BERICHT 2024/25

SPD

**MARTIN
HABERSAAT**

www.martinhabersaat.de

Arbeit in Kiel und im Wahlkreis

Seit 2009 vertrete ich die SPD und unsere Region im Landtag, bei der Wahl 2022 bin ich über Listenplatz 3 ins Parlament eingezogen. Ich bin einer von zwei stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, deren bildungspolitischer Sprecher und in dieser Legislaturperiode Vorsitzender des Bildungsausschusses. Mein zweiter Ausschuss ist der Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, dessen Gründungsvorsitzender ich 2016/17 sein durfte.

Mein Wahlkreis besteht aus den Städten Glinde und Reinbek, den Gemeinden Barsbüttel und Oststeinbek in Stormarn sowie der Gemeinde Wentorf bei Hamburg im Kreis Herzogtum Lauenburg. In dieser Region lebe ich seit nunmehr 48 Jahren, viele Jahre in Barsbüttel, jetzt in Reinbek. Da die SPD seit der letzten Landtagswahl nur noch mit zwölf Abgeordneten im Landtag vertreten ist, haben sich unsere Betreuungsregionen vergrößert. Für mich bedeutet das, dass ich die Kreise Stormarn und Herzogtum Lauenburg betreue.



Ein Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtags erhält seit dem 1. Juli 2025 eine monatliche Diät in Höhe von 10.595,80 Euro (brutto). Ehemalige Abgeordnete erhalten nach ihrem Ausscheiden eine Altersentschädigung, wenn sie das 67. Lebensjahr vollendet und dem Landtag mindestens ein Jahr angehört haben. Für jedes Jahr im Landtag sind das 1,5 Prozent der aktuellen Diät – maximal 60 Prozent.



Fahrtkosten im Rahmen des Mandats werden erstattet, bei terminbedingten Übernachtungskosten (zum Beispiel während der Landtagssitzungen in Kiel) besteht Anspruch auf Kostenerstattung. Weitere Absicherungen, Zulagen oder Sitzungsgelder gibt es nicht. Einen Zweitberuf habe ich nicht, ich wüsste auch nicht, wie ich dann meinen Aufgaben als Abgeordneter noch ausreichend nachkommen sollte. Als Beamter bin ich von der Freien und Hansestadt Hamburg für die Dauer meines Mandats beurlaubt.

Bildungspolitische Bilanz der Günther-Regierung

„Politik ohne Soziales ist wie Schleswig ohne Holstein“ – unter dieser Überschrift hat die SPD-Landtagsfraktion mit zahlreichen Veranstaltungen und Aktionen im Land eine Bilanz der Arbeit der Landesregierung gezogen. Schwerpunkte waren die Themen Gesundheit, Wohnen, Kita und Bildung. Ich habe mich vor allem um den letzten Bereich gekümmert. Wie sieht die bildungspolitische Bilanz der Günther-Regierung nach acht Jahren aus? Die Schüler*innenzahlen steigen. Lehrkräftestellen werden abgebaut. Der Unterrichtsausfall steigt, ebenso wie die Zahl der Gewaltvorfälle an den Schulen.



Schüler*innenzahlen

Schleswig-Holstein baut gerade in Zeiten steigender Schüler*innenzahlen Lehrkräftestellen ab. Seit diesem Schuljahr müssen die Schulen eine gekürzte Kontingentstundentafel umsetzen.

Gymnasien müssen folgende Streichungen in Klasse 5-10 vornehmen:

Gesellschaftswissenschaften:	-1 Stunde
Ästhetische Bildung	-1 Stunde
Erste Fremdsprache	-1 Stunde
Naturwissenschaften	-1 Stunde

Minus vier Stunden.

Gemeinschaftsschulen müssen mehr streichen, obwohl bisher immer Konsens war, dass diese für ihre besonderen Aufgaben mehr Ressourcen brauchen. Zusätzlich zu den o.g. Streichungen noch Arbeit und Verbraucherbildung: -1 Stunde. Erstes Wahlpflichtfach: -1 Stunde. Macht zusammen ein Minus von sechs Stunden. Hinzu kommt die Verpflichtung, das neue Pflichtfach Informatik aus dem Bestand zu finanzieren. Gleichzeitig werden Lerngruppen vergrößert, vor allem in der Oberstufe, aber auch im DaZ-Bereich (Deutsch als Zweitsprache).

Besonders stark wachsen die Schüler*innenzahlen zum Schuljahr 2026/27. Der Grund ist, dass dann die Gymnasien nach der Rückkehr zu G9 wieder einen 13. Jahrgang beschulen. Während das Land Nordrhein-Westfalen in einem Gutachten klären ließ, welche Investitionsbedarfe diese Rückkehr auslöst (rund 500 Mio. Euro, auf die Größenordnungen in Schleswig-Holstein umgerechnet wären das rund 80 Mio. Euro) und dieses Geld an die Kommunen überwies, lässt die Günther-Regierung die Schulträger bisher allein.

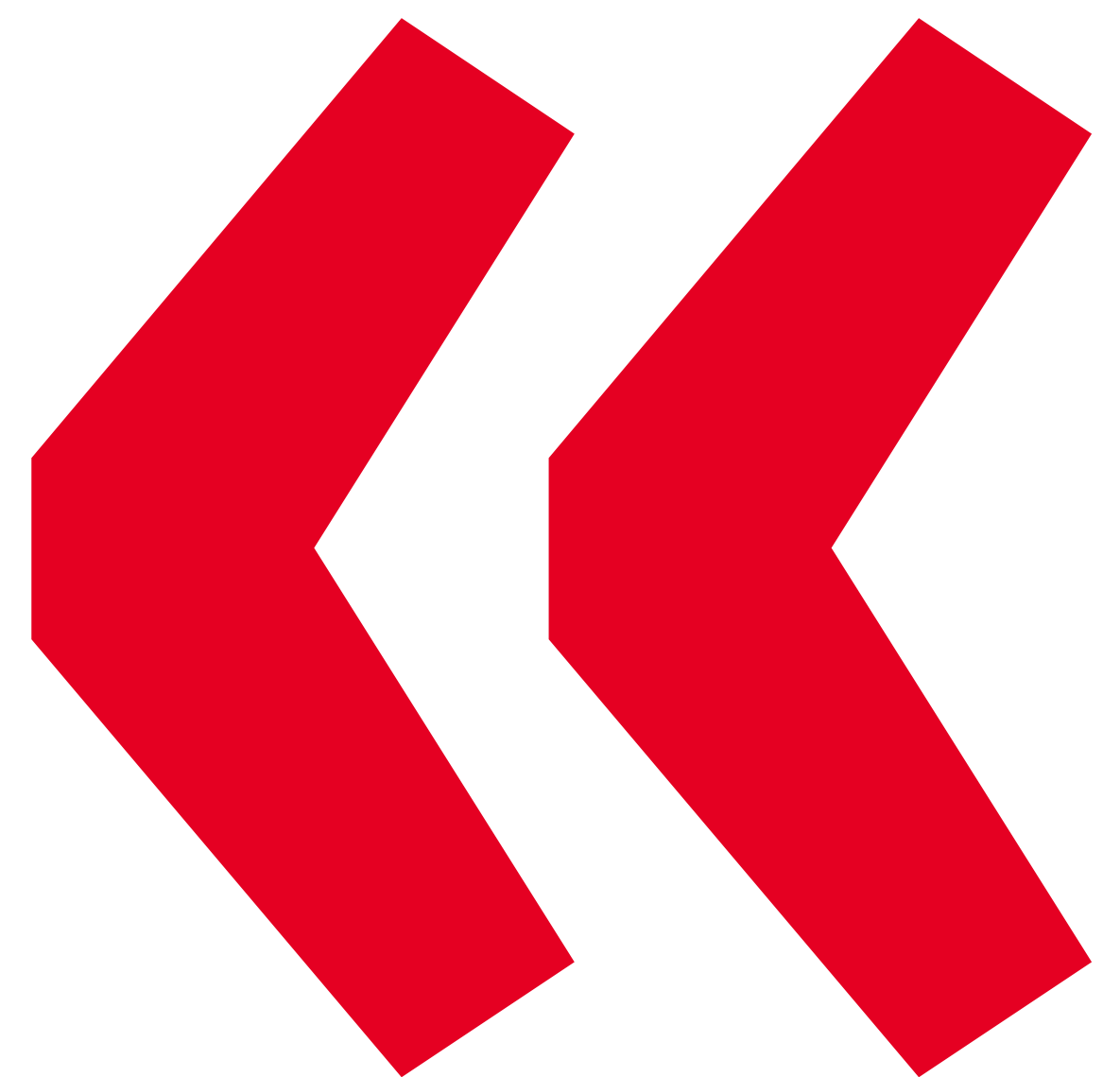
Inklusion

In Verantwortung der CDU steigt die Exklusionsquote, die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf, die nicht inklusiv beschult werden, kontinuierlich an. Es ist in Schleswig-Holstein seit vielen Jahren Konsens, dass es bei der Inklusion auf die Qualität ankommt und nicht auf die Quantität. Es war aber auch Konsens, dass das Ziel durchaus die Umsetzung der UN-Konvention ist, die Umsetzung eines Menschenrechts. Eine Steigerung der Exklusionsquote in einzelnen Jahren wäre deshalb keine Nachricht, wohl aber eine offenbar gewollte Umkehr des Trends. Hier vernachlässigt die Landesregierung ein Menschenrecht.

Unterrichtsausfall

Der Anteil nicht planmäßig gegebener Stunden lag an den allgemeinbildenden Schulen im vergangenen Schuljahr bei nahezu 12 Prozent. Im Schuljahr 2016/17 waren es 9,5 Prozent. Das ist eine Steigerung von 26 Prozent, seit die CDU das Bildungsministerium übernommen hat. An den Berufsbildenden Schulen kommen wir von 7,2 Prozent im Schuljahr 2016/17 und sind im letzten Schuljahr bei 13,6 Prozent gewesen. Eine Erhöhung um 88 Prozent!

Vor dem Hintergrund der Zahlen 2016/17, über die wir uns heute freuen würden, forderte der damalige Oppositionsführer Daniel Günther nicht weniger als eine Unterrichtsgarantie. Karin Prien, frisch im Ministerinnenamt, versprach vollmundig: „Wir werden (...) den Unterrichtsausfall bis 2022 beenden.“ Gemessen an den eigenen Worten müssen wir 2025 zu ihrem Abschied sagen: Sie ist krachend gescheitert!



Lehrkräfte ohne abgeschlossene Ausbildung

Die Zahl der Lehrkräfte, die ohne abgeschlossene Ausbildung an den Schulen in Schleswig-Holstein unterrichten, ist hoch, inzwischen sind 12 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen gar keine richtigen Lehrkräfte, an den Grundschulen 17,3 Prozent. Das ist der Durchschnitt. Rund um die Universitäten in Kiel und Flensburg sieht es besser aus, an vielen Schulen im Land deutlich schlechter. Vertretungslehrkräfte dürfen und müssen an den Schulen alle Aufgaben übernehmen, vielerorts wäre der Betrieb sonst gar nicht aufrecht zu erhalten. Obwohl der Bedarf langfristig da ist, erlaubt das Ministerium nur kurzfristige Lösungen. Für die verbliebenen Lehrkräfte heißt das: Sie müssen regelmäßig neue Vertretungslehrkräfte einarbeiten. Und sie müssen selbst die Besten gehen lassen. Wie es anders gehen würde, haben SPD und GEW der Landesregierung im vergangenen Jahr vorgelegt. Leider wurde der Vorschlag von CDU und Grünen nicht einmal in Erwägung gezogen.

Schulabbrüche

Bundesbildungsministerin Prien hat eine Halbierung der Zahlen als Ziel vorgegeben. Landesbildungsministerin Prien hatte eine Entwicklung in die gegenteilige Richtung zu verantworten gehabt, deutlich oberhalb des Bundesschnitts.

Gewaltvorfälle an Schulen

Die Zahl der Gewaltvorfälle an Schulen steigt. Ebenso die Zahl der Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund. Und noch immer gibt es in Schleswig-Holstein Schulen ohne Schulsozialarbeit. Einen Antrag der SPD, den Begriff der „Schulkultur“ nach Berliner Vorbild ins Schulgesetz aufzunehmen, haben CDU und Grüne abgelehnt. Genauso wie unseren Wunsch nach einem Schlüssel für Schulsozialarbeit.



Landtagsantrag: Rahmenkonzept Demokratiebildung an Schulen

Drucksache 20/2208



Mit Leiterin Anna Kapahnke in der Demokratie-Kita „Lütte Lüüd“ in Wentorf

Die AWO-Kita Lütte Lüüd in Wentorf ist seit 2016 eine Demokratie-Kita, zertifiziert nach dem Konzept „Kinderstube der Demokratie“. Zahlreiche Einrichtungen in Schleswig-Holstein haben das Konzept inzwischen übernommen. Das Ziel: Kinder sollen erleben und praktisch lernen, wie Demokratie funktioniert. Die Kinder können in Gremien über das Geschehen in ihrer Gruppe oder der Kita mitentscheiden und in festgelegten Bereichen über ihre persönlichen Belange wie z.B. Essen, Schlafen und Spielen entscheiden. Eine Verfassung in Bildern regelt das, verständlich für die Kinder. Die SPD hat einen 12 Punkte umfassenden Antrag vorgelegt, um dieses von der Fachhochschule Kiel entwickelte Konzept auf die Schulen in Schleswig-Holstein zu übertragen.

CDU und Grüne lehnten ab. Ministerin Prien fürchtete eine „Kindergartisierung“ der Grundschulen.

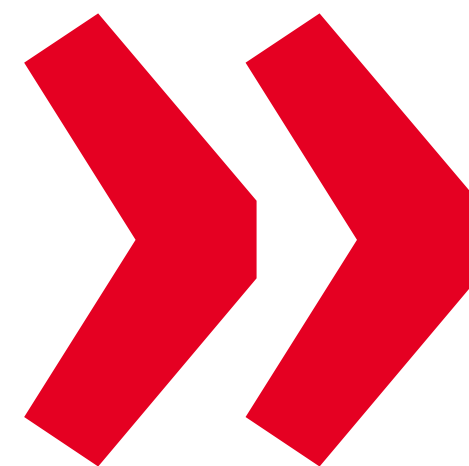


Landtagsanträge gegen den Lehrkräftemangel

- Drucksache 20/1454** **Das dritte Paket zur Lehrkräftegewinnung darf nicht zu klein sein**
- Drucksache 20/3046** **Für den Verbleib von Lehrkräften an Schulen**
- Drucksache 20/3418** **Gute Bildung braucht genügend Lehrkräfte**

Die Zahl der Lehrkräfte, die ohne abgeschlossene Ausbildung an den Schulen im Land unterrichten, ist hoch. Große Teile des Landes haben Schwierigkeiten, ihre offenen Stellen zu besetzen. Vor allem der Süden ist betroffen. Vor allem Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe sind betroffen.

Gleichzeitig müssen wir darauf achten, den Nachwuchs an grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu sichern. Die SPD hat dazu Vorschläge vorgelegt. Auch zum Umgang mit den Studierenden. Ein Drittel der Lehramtstudierenden bricht das Studium momentan in der Bachelorphase ab. Gleichzeitig beklagen die Hochschulen eine mangelnde Grundfinanzierung, gleichzeitig sollen die Studierenden zu einer neuen Verwaltungsgebühr herangezogen werden.



Veranstaltung im Landeshaus

Jährliche Sommertour zu den Bürgermeister:innen

In jedem Sommer besuche ich die Bürgermeister:innen in meinem Wahlkreis und möglichst viele in den Betreuungswahlkreisen, um abseits von Termindruck und Tagesordnungen über aktuelle Entwicklungen in den Kommunen, Auswirkungen der Landespolitik vor Ort und anstehende Projekte zu sprechen. In den letzten Jahren stand vor allem ein Thema immer wieder im Mittelpunkt: Das Recht auf Ganzttag in der Grundschule.

Kinder, die im Sommer 2026 eingeschult werden, haben das Recht auf eine Ganztagsbetreuung in der Schule: Acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, bei maximal vier Wochen Schließzeit im Jahr. Diesem Beschluss des Bundestags hat der Bundesrat, also die Vertretung der Länder, bereits 2021 zugestimmt. In Hamburg gilt das Recht auf Ganzttag längst, da löste dieser Beschluss keine Hektik aus. Leider löste der Beschluss aber auch in Schleswig-Holstein, das bundesweit zu den Schlusslichtern in Sachen Ganzttag gehört, kein beschleunigtes Handeln aus.

Das Land sagte den Kommunen zu, mit Bundesmitteln 80 Prozent der nötigen Investitionskosten zu übernehmen. Dann versuchte die Günther-Regierung zweimal, die aus dieser Vereinbarung herauszustehlen und viel Zeit wurde verloren. Die meisten Schulen werden baulich nicht fertig sein. Legendär ist inzwischen der Umstand, das Bürgermeister:innen mit ihren Anträgen um Mitternacht vor der Investitionsbank campieren, um ihre Anträge in einen Briefkasten zu werfen.

Auch bei den Betriebskosten gab und gibt es lange Unklarheit. Karin Prien legte eine Förderrichtlinie vor, die mit vielen Menschen nicht wertschätzend umging, die teils seit Jahrzehnten im Ganzttag tätig waren. Jetzt wird eine neue Richtlinie diskutiert, die für Eltern ein Kostenlimit von 135 Euro im Monat vorsieht. Allerdings ist offen, welche Kosten zusätzlich beispielsweise für das Mittagessen aufgerufen werden dürfen.





Mit Thorben Brackmann in Lauenburg



Mit Jürgen Hettwer in Oststeinbek



Mit Ingo Schäper in Mölln



Mit Kathrin Schöning in Wentorf



Mit Rainhard Zug in Glinde



Mit Thomas Schreitmüller in Barsbüttel

Der Julklapp-Adventskalender

Wer als Abgeordneter unterwegs ist, lernt viele engagierte Menschen, spannende Projekte und Einrichtungen kennen. Mit dem Julklapp-Adventskalender möchte ich dazu beitragen, diese Menschen zu vernetzen und ihnen voneinander zu erzählen. Und außerdem ist es einfach schön, Geschenke von dem Einen zu der Anderen zu tragen.



Landtagsantrag: Bildungsbau Schleswig-Holstein (BiBa.SH)

Drucksache 20/3448 Gute Bildung braucht gute Räume –
Bildungsbau Schleswig-Holstein



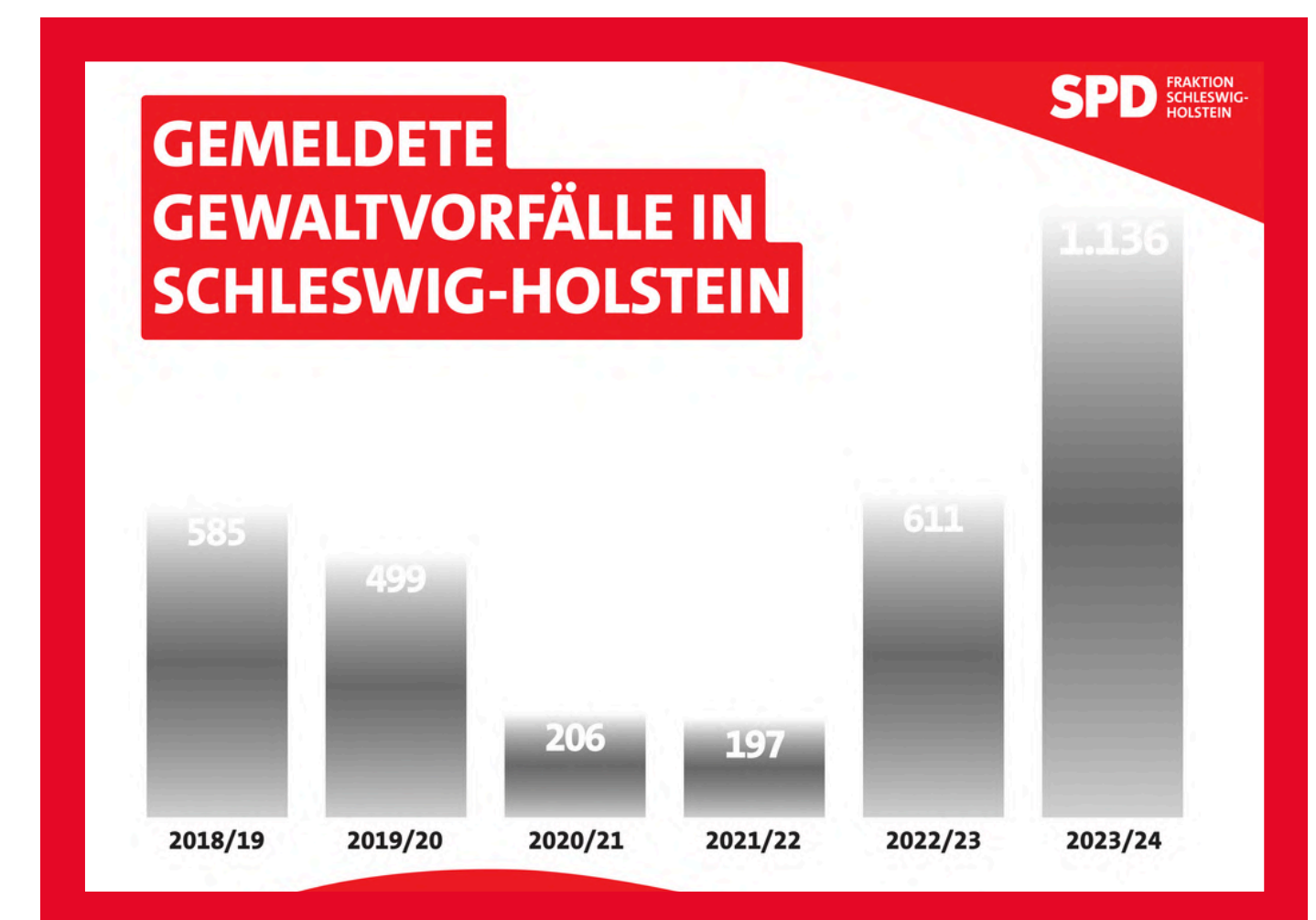
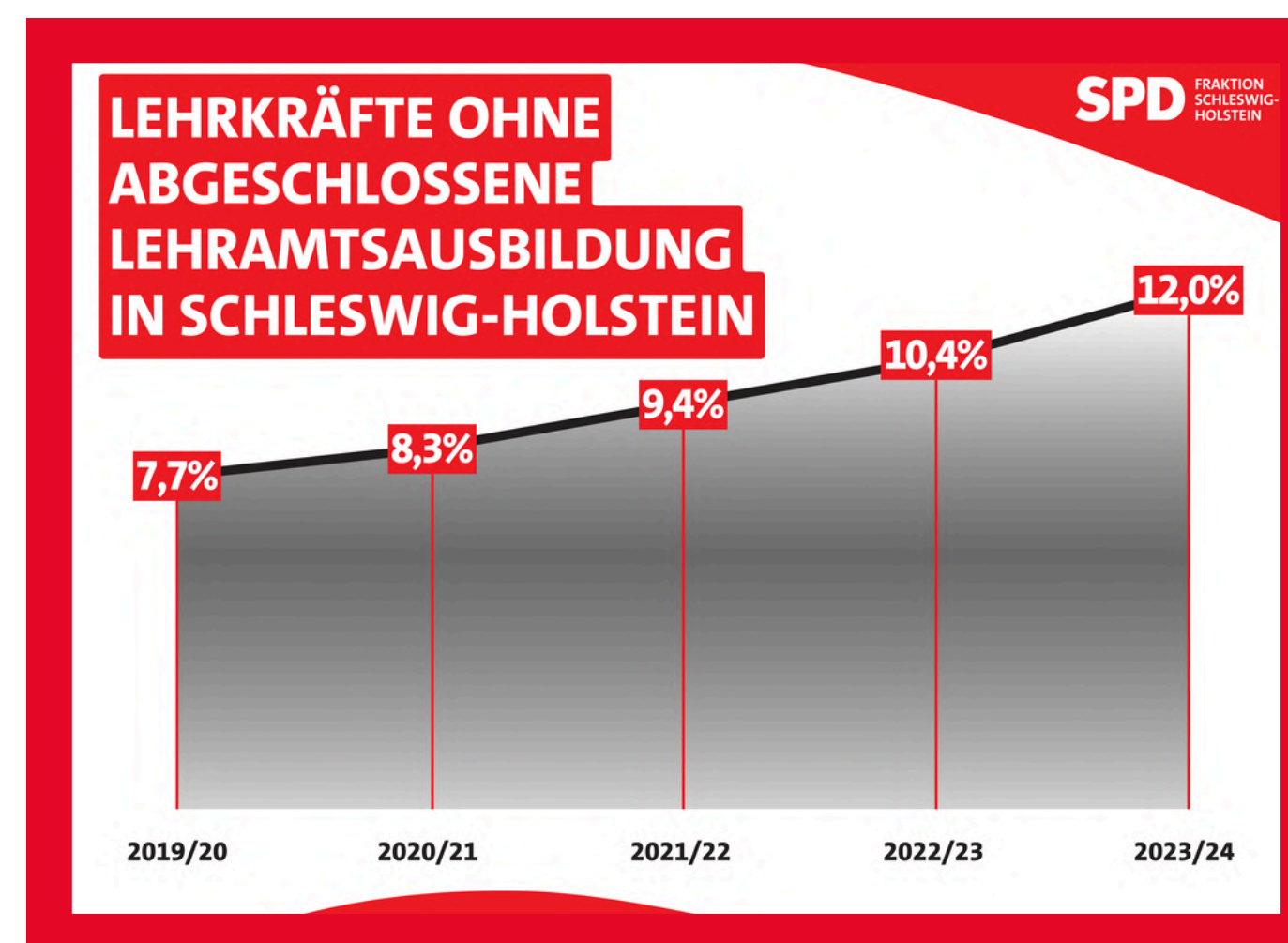
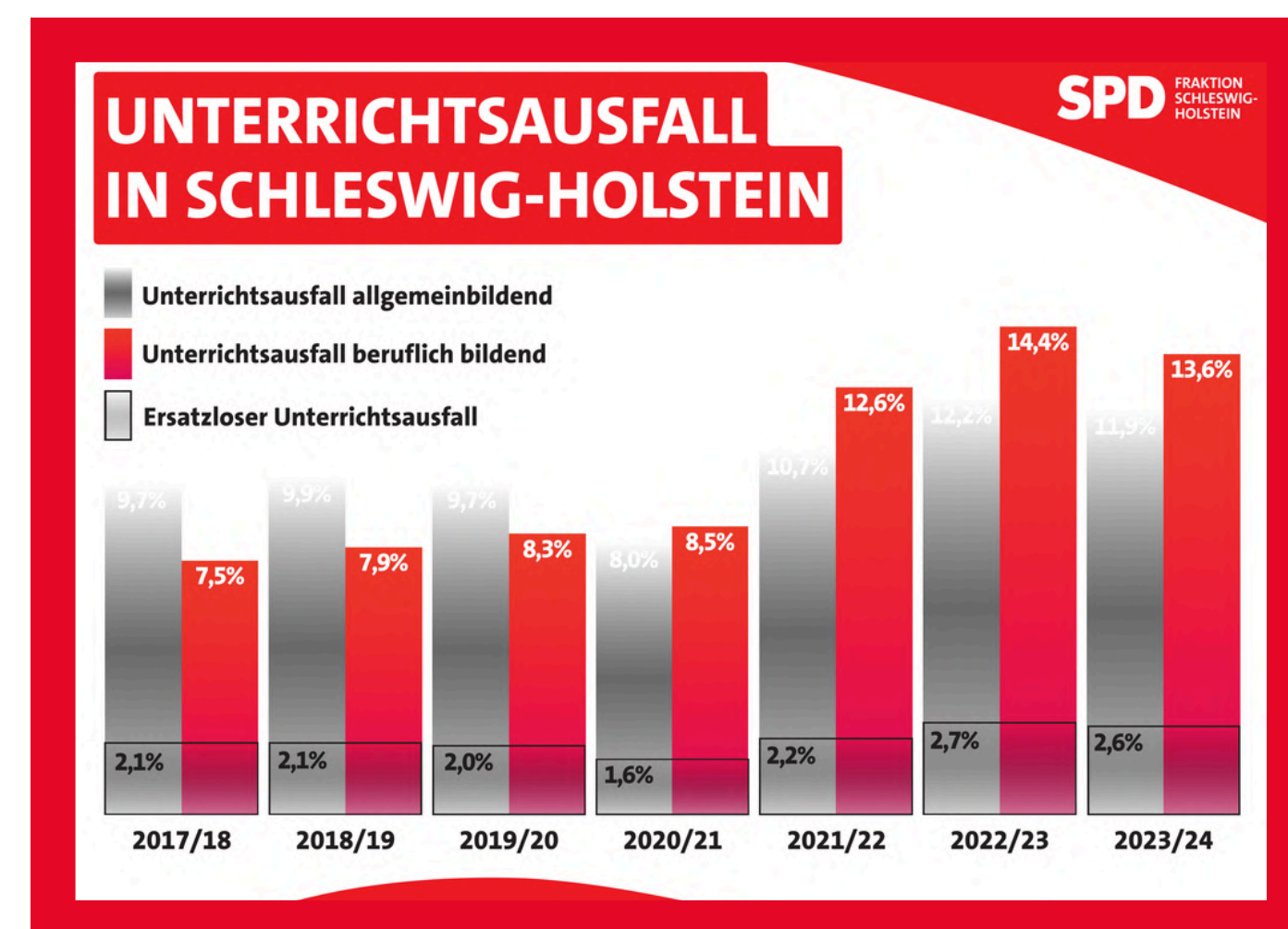
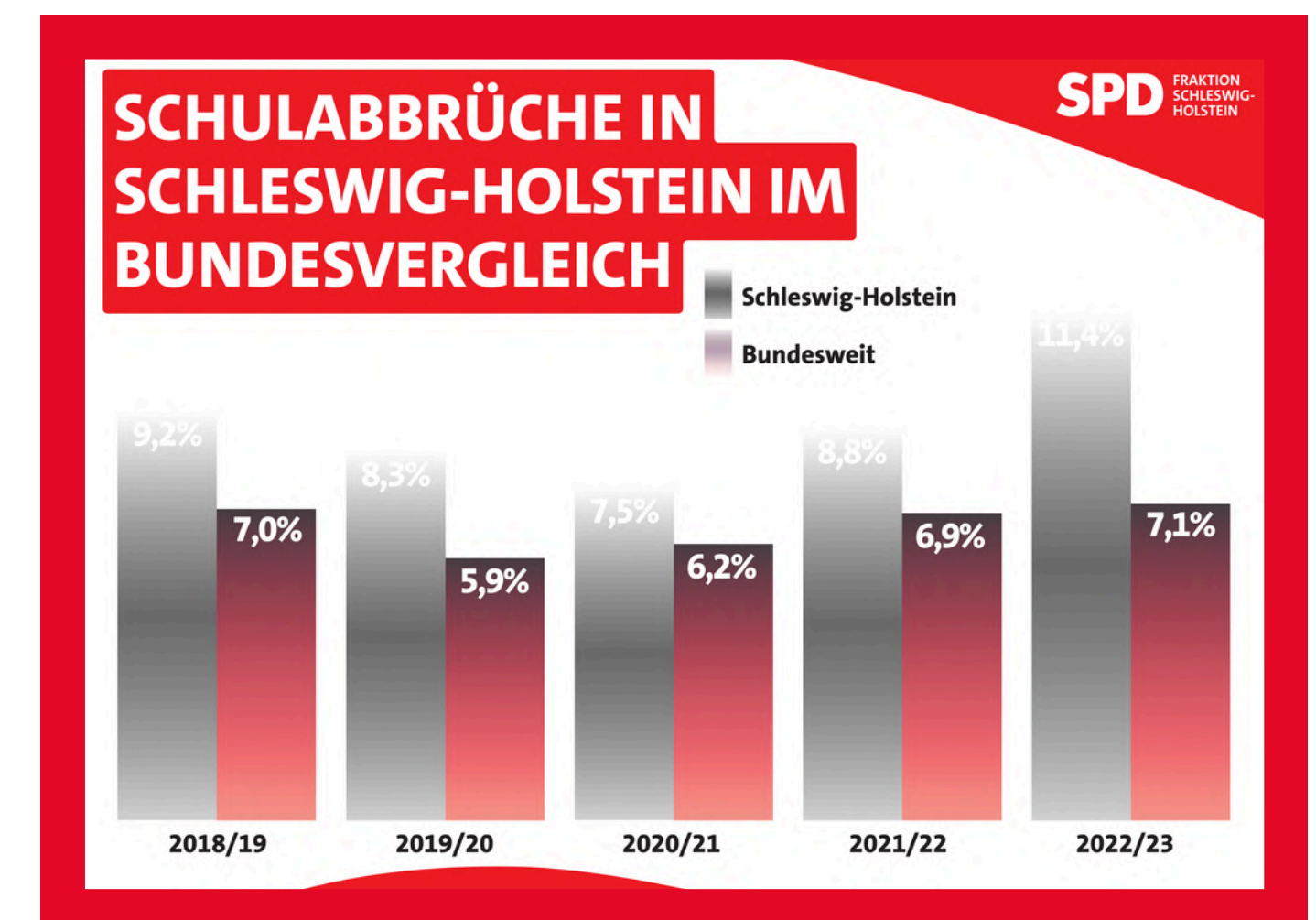
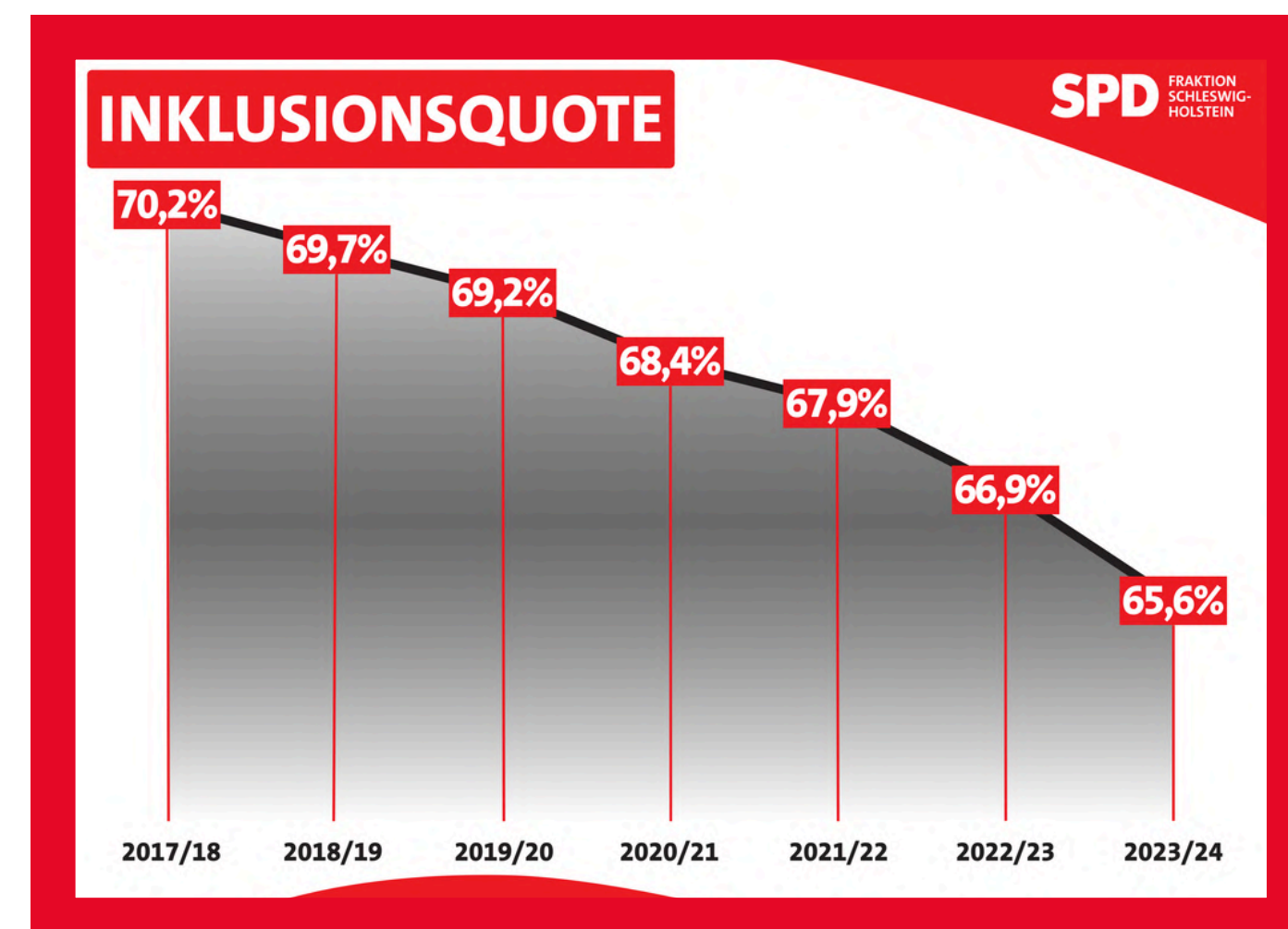
Oststeinbek hat es geschafft. Für 30,5 Millionen Euro hat die Gemeinde eine neue Grundschule gebaut. Landesweit stehen Kommunen vor der Herausforderung, Schulen neu bauen oder sanieren zu müssen. In Wentorf sind Neubauten für Gemeinschaftsschule und Gymnasium im Gespräch, auf die Gemeinde kämen wohl ähnliche Kosten zu wie auf Ahrensburg, wo für das neue Schulzentrum am Heimgarten inzwischen 115 Millionen Euro veranschlagt werden. Landesweit haben wir einen Schulbaubedarf von ca. 12-16 Milliarden Euro und in vielen Teilen des Landes keine Idee, wie das gestemmt werden soll. Mit dem Geld hören die Herausforderungen nicht auf. Viele Rathäuser haben es schwer, im Hochbaubereich alle Stellen zu besetzen. Und wo sie es können, heißt das nicht, dass dort Expertise für Schulbau vorhanden ist.

CDU und Grüne haben den Antrag abgelehnt.
Das Problem bleibt bestehen.



Bildungspolitische Bilanz der Günther-Regierung

Wie sieht die bildungspolitische Bilanz der Günther-Regierung nach acht Jahren aus? Dazu lohnt sich ein Blick in die Berichte zur Unterrichtssituation. Die Schüler*innenzahlen steigen. Lehrkräftestellen werden abgebaut. Der Unterrichtsausfall steigt, ebenso wie die Zahl der Gewaltvorfälle an den Schulen.



Martin Habersaat, MdL

Geboren am 18. Februar 1977 in Hamburg, verheiratet, zwei Söhne.

1998 in die SPD eingetreten, 2001 – 2004 Vorsitzender der SPD Barsbüttel, 2004 – 2012 Vorsitzender der SPD Stormarn.

Kontakt
Telefon
E-Mail

Martin Habersaat
040 670 815 28
m.habersaat@spd.ltsh.de
Wohltorfer Str. 64b
21465 Reinbek

Marion Meyer, Wahlkreismitarbeiterin

Kontakt
Telefon
E-Mail

Marion Meyer
0151 - 654 811 66
marion.meyer@spd-barsbuettel.de



Twitter
@martinhabersaat



Instagram
@martinhabersaat



Facebook
@martinhabersaat.mdl



Zum Team gehören auch Jan-Christoph Schultchen aus Wentorf und Jan Wegel aus Barsbüttel.



V.i.S.d.P.

Martin Habersaat
Landtagsabgeordneter
Wohltorfer Straße 64b
21465 Reinbek
E-Mail: m.habersaat@spd.ltsh.de



www.martinhabersaat.de